

UNHCR/OSZE-Update zur Situation ethnischer Minderheiten im Kosovo (Zeitraum Februar bis Mai 2000)

Zusammenfassung

Sicherheit bleibt weiterhin das überragende Thema für die ethnischen Minderheiten im Kosovo. Dieser fünfte gemeinsame UNHCR/OSZE-Bericht untersucht die Sicherheitsentwicklung und Vorfälle betreffend Minderheiten zwischen Februar und Mai 2000. Der Bericht blickt jedoch über Fragen der Sicherheit hinaus und konzentriert sich vor allem auf Umstände, in denen das Fehlen von Sicherheit und Bewegungsfreiheit, aber auch Themen wie die Sprachenproblematik dazu führen, dass viele Minderheiten in nahezu allen Lebensbereichen der kosovarischen Gesellschaft an den Rand gedrängt werden. Der Bericht untersucht das Gesundheits- und Bildungswesen, das Sozialsystem, öffentliche Versorgungseinrichtungen sowie weitere öffentliche Leistungen. Es handelt sich hierbei um Aspekte, die nicht in den Schlagzeilen erscheinen, die jedoch die Komplexität des Minderheitenschutzes illustrieren und die deutlich machen, wie notwendig es ist, in allen Bereichen der Verwaltung des Kosovo ein genaues Augenmerk auf die Bedürfnisse der Minderheiten zu legen. Dieser Bericht erscheint zu einer Zeit, in der beachtliche Fortschritte bei der Beteiligung von Minderheiten an der politischen Entscheidungsfindung stattfinden. Dazu zählen die provisorische Beteiligung der Kosovo-Serben an der gemeinsamen Übergangsverwaltung, der verstärkte Dialog der Verhandlungsführer der im Kosovo lebenden Roma, Ashkali und Ägypter mit Führern der Kosovo-Albaner und die Nominierung eines Roma-Vertreters für einen Sitz im Kosovo-Übergangsrat. Allerdings erscheint er auch zu einer Zeit, in der nach wie vor Belästigungen, Einschüchterungen, Brandstiftungen, Angriffe, Entführungen und Morde die Sicherheitsprobleme von Minderheiten verdeutlichen.

Fehlende **Sicherheit** und die fehlende Möglichkeit, sich frei zu bewegen, sind weiterhin die grundlegenden Probleme für Minderheitengruppen im Kosovo. Die Verbrechensrate liegt weiterhin unannehmbar hoch, bedingt zum einen durch den nach wie vor bestehenden Mangel an UNMIK-Polizeikräften, zum anderen durch das Fehlen eines funktionierenden und unparteiischen Justizsystems. Minderheiten sind von Verbrechen unverhältnismäßig mehr betroffen als andere Bevölkerungsgruppen, gemessen an ihrem zahlenmäßigen Anteil. Serben, als die am schlimmsten betroffene Gruppe, waren im Zeitraum vom 30. Januar bis zum 27. Mai 2000 Opfer von 105 Brandstiftungen, 49 bewaffneten Angriffen und 26 Mordfällen, die im Kosovo bekannt wurden. Demgegenüber wurden die Albaner, die einen deutlich höheren Bevölkerungsanteil ausmachen, im selben Zeitraum als Opfer von 73 Brandstiftungen, 90 bewaffneten Überfällen und 52 Mordfällen identifiziert. Besonders besorgniserregend ist die Situation in der Region um Gnjilane/Gjilan, wo etliche Serben einer Reihe von Bombenattentaten und Schießereien zum Opfer gefallen sind. Dies hat zu einer Welle der Gewalt geführt. In Kosovo Polje/Fushe Kosovo und Oblic/Obliq war in den vergangenen Monaten eine deutliche Zunahme von Brandstiftungen gegen Eigentum von Serben und Roma zu verzeichnen. Die Situation in Kosovska Mitrovica/Mitrovice, die zu Beginn des Berichtszeitraums im Mittelpunkt der Beobachtungen stand, gibt weiterhin zu Besorgnis Anlass. Es ist noch nicht abzusehen, ob die Einrichtung einer befriedeten Zone in der Mitte der geteilten Stadt die Lage wesentlich verbessern wird.

Die **Möglichkeit, sich frei zu bewegen**, ist für viele Minderheiten, insbesondere Serben und Roma, auf Grund der fortgesetzten Gewaltanwendung und Belästigungen weiterhin eingeschränkt. Die UNHCR-Bustransporte, die – eskortiert von KFOR – Tausenden von Menschen ermöglichten, ihre Enklaven zu verlassen, wurden für weite Teile des Berichtszeitraums eingestellt. Grund war der Raketenangriff auf einen Transport am 2. Februar,

bei dem zwei Serben getötet und drei weitere verletzt wurden. Die meisten Transportverbindungen haben ihren Dienst mittlerweile wieder aufgenommen, und KFOR begleitet weiterhin sowohl die kommerziellen Busse als auch Konvois privater Fahrzeuge. Dass Serben und Roma überall im Kosovo eine Sicherheitseskorte benötigen, um ihre unmittelbare Umgebung zu verlassen, ist weiterhin Realität.

Auch die **offiziellen Sprachenregelungen** haben gravierende Auswirkungen auf die Möglichkeit der Minderheiten, am öffentlichen Leben teilzunehmen und die erforderlichen Leistungen zu erhalten. Auch wenn das anwendbare Recht die Gleichwertigkeit der Albanischen, Serbo-Kroatischen und Türkischen Sprache (in den von Türken bewohnten Gebieten) anerkennt, ist die tägliche Praxis alles andere als einheitlich. Die fehlende parallele Nutzung der offiziellen Sprachen auf öffentlichen Dokumenten sowie die Nichtanwendung der Minderheitensprachen hat in vielen Fällen zu zusätzlichen Schwierigkeiten für Minderheiten geführt.

Zugang zu Gesundheitseinrichtungen zu erhalten, ist für viele Minderheiten weiterhin ein Problem und dient der Trennung vom Rest der Gesellschaft im Kosovo. Trotz einiger Beispiele für die gemeinsame Nutzung der Gesundheitseinrichtungen müssen viele Angehörige der Minderheiten, allen voran Serben, auf gesundheitliche Dienste außerhalb des normalen kosovarischen Gesundheitssystems zurückgreifen. Derartige Gesundheitsdienste werden insbesondere von den Internationalen Organisationen und KFOR oder, wie im Fall der Serben, von Einrichtungen in Serbien zur Verfügung gestellt. Jede dieser Optionen ist problematisch, erstere wegen der fehlenden Dauerhaftigkeit der Einrichtung letztere, da sie die Auswanderung aus dem Kosovo fördert.

Der **Zugang zu Bildungseinrichtungen** ist ähnlich problematisch angesichts der Tatsache, dass die Minderheiten auf getrennte Systeme vertrauen müssen. Gemeinsame Bildungseinrichtungen sind nach wie vor unüblich; viele junge Angehörige von Minderheiten besuchen eigene Schulen, die von denen der Mehrheitsbevölkerung getrennt sind. Um sie zu erreichen, sind Sicherheitseskorten notwendig. Über die Unzulänglichkeiten hinsichtlich Räumlichkeiten und Ausstattung hinaus bleibt die Frage eines gemeinsamen Unterrichtsplans ungeklärt. Insbesondere die Roma-, Ashkali- und Ägypterbevölkerung leidet unter dem fehlenden Schulbesuch. Die Kinder dieser Bevölkerungsgruppen besuchen größtenteils keine weiterbildenden Schulen, zum einen auf Grund der äußeren Umstände, zum anderen auf Grund des innerhalb ihrer Gemeinschaft erzeugten Drucks.

Das **Sozialsystem, öffentliche Versorgungseinrichtungen und weitere öffentliche Dienste** werden zu einer Zeit eingerichtet, in der die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit die Minderheiten von einer Teilhabe ausschließen. Während die Systeme entwickelt werden, treten die Sprachprobleme und die Schwierigkeiten, mit den Systemen diejenigen Bevölkerungsteile zu erreichen, die in den Mehrheitsgebieten liegende Büros nicht aufsuchen können, zunehmend deutlicher zu Tage.

Angesichts dieser Situation ist es zwingend erforderlich, dass die internationale Gemeinschaft kreative und umsetzbare Maßnahmen ergreift um zu gewährleisten, dass Minderheiten vollen Zugang zu den öffentlichen Versorgungseinrichtungen im Kosovo haben. Der Bericht schließt mit einer Liste von diesbezüglichen Empfehlungen; sie heben hervor, dass es vor allem Pflicht der Betreiber der öffentlichen Einrichtungen ist, den Minderheitenzugang zu ihnen zu gewährleisten.